Der «grüne Kapitalismus» hält nicht, was er verspricht. Die Rolle der Planung im ökosozialistischen Übergang

*von Michael Löwy**

Für jeden ernsthaften Prozess des sozial-ökologischen Übergangs ist wirtschaftliche Planung erforderlich, das leuchtet immer mehr Menschen ein.

Der sozial-ökologische Übergang hin zu einer ökosozialistischen Alternative setzt die öffentliche Kontrolle der wichtigsten Produktionsmittel und eine demokratische Planung voraus. Die Entscheidung über Investitionen und technologischen Wandel muss den Banken und kapitalistischen Unternehmen entzogen werden, wenn wir wollen, dass sie dem Gemeinwohl der Gesellschaft und dem Respekt vor der Umwelt dienen. Wer sollte diese Entscheidungen treffen?

Sozialisten haben oft geantwortet: «die Arbeiter». Im dritten Band des *Kapitals* definiert Marx den Sozialismus als eine Gesellschaft «der assoziierten Produzenten, die ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln». Im ersten Band finden wir jedoch einen umfassenderen Ansatz: Der Sozialismus wird als «eine Assoziation freier Menschen, die mit den gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten», aufgefasst. Das ist ein viel passenderes Konzept: Produktion und Konsumtion müssen nicht nur von den Produzenten, sondern auch von den Konsumenten und in der Tat von der gesamten Gesellschaft, der produktiven wie «unproduktiven» Bevölkerung, rational organisiert werden: Studierende, Jugendliche, Frauen (und Männer), Hausfrauen, Rentner usw.

In diesem Sinne wird die Gesellschaft als ganzes frei sein, demokratisch zu wählen, welche Produktlinien gefördert und wie viele Ressourcen in Bildung, Gesundheit oder Kultur investiert werden sollen. Die Preise der Güter würden nicht mehr auf das Gesetz von Angebot und Nachfrage reagieren, sondern so weit wie möglich nach sozialen, politischen und ökologischen Kriterien bestimmt werden.

Weit davon entfernt, an sich «despotisch» zu sein, ist demokratische Planung die Ausübung der freien Entscheidungsfindung der gesamten Gesellschaft – das ist eine notwendige Übung, um uns von den entfremdenden und verdinglichten «ökonomischen Gesetzen» und «eisernen Käfigen» kapitalistischer und bürokratischer Strukturen zu befreien. Demokratische Planung, die mit einer Verkürzung der Arbeitszeit verbunden ist, wäre ein großer Schritt der Menschheit hin zu dem, was Marx «das Reich der Freiheit» nannte: Die Zunahme der freien Zeit ist in der Tat eine Vorbedingung für die Beteiligung der Arbeiter an der demokratischen Diskussion und Verwaltung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Sowjetunion ist kein Vorbild

Befürworter des freien Marktes verweisen unermüdlich auf das Scheitern der sowjetischen Planung, um ihre kategorische Ablehnung jedweder Form von organisierter Wirtschaft zu rechtfertigen. Ohne dass wir uns auf eine Diskussion über die Erfolge und Misserfolge der sowjetischen Erfahrung einlassen wissen wir, dass es sich dabei offensichtlich um eine Form der «Diktatur über die Bedürfnisse» handelte, um den von György Markus und seinen Kollegen von der Budapester Schule verwendeten Ausdruck zu zitieren: ein undemokratisches und autoritäres System, das einer kleinen Oligarchie von Technobürokraten ein Monopol über die Entscheidungen gab. Es war nicht die Planung, die zur Diktatur führte.

Es war die zunehmende Einschränkung der Demokratie innerhalb des Sowjetstaats und die Etablierung einer totalitären bürokratischen Macht nach Lenins Tod, die zu einem zunehmend autoritären und undemokratischen Planungssystem führte. Wenn Sozialismus als Kontrolle der Produktionsprozesse durch die Arbeiter und die Bevölkerung definiert wird, blieb die Sowjetunion unter Stalin und seinen Nachfolgern weit hinter dieser Definition zurück.

Das Scheitern der UdSSR veranschaulicht die Grenzen und Widersprüche der bürokratischen Planung mit ihrer eklatanten Ineffektivität und Willkürlichkeit – es kann nicht als Argument gegen eine wirklich demokratische Planung dienen. Die sozialistische Konzeption von Planung bedeutet nichts anderes als eine radikale Demokratisierung der Wirtschaft. Wenn politische Entscheidungen nicht von einer kleinen Führungselite getroffen werden sollten, warum dann nicht das gleiche Prinzip auf wirtschaftliche Entscheidungen anwenden? Die Frage nach

dem Gleichgewicht zwischen Markt- und Planungsmechanismen ist zweifellos ein komplexes Thema. In den ersten Phasen der neuen Gesellschaft werden Märkte sicherlich noch eine bedeutende Rolle spielen, aber mit dem Fortschreiten des Übergangs zum Sozialismus wird Planung immer wichtiger werden.

Wie kann Planung funktionieren?

Im kapitalistischen System ist der Gebrauchswert nur ein Mittel – und oft ein Hilfsmittel –, das dem Tauschwert und der Rentabilität untergeordnet ist (dies erklärt in der Tat, warum es in unserer Gesellschaft so viele Produkte ohne jeden Nutzen gibt). In einer sozialistischen Planwirtschaft richtet sich die Produktion von Gütern und Dienstleistungen allein nach dem Kriterium des Gebrauchswertes, was spektakuläre ökonomische, soziale und ökologische Konsequenzen nach sich zieht.
Natürlich betrifft die demokratische Planung die großen wirtschaftlichen Entscheidungen und nicht die Verwaltung von lokalen Restaurants, Lebensmittelgeschäften, Bäckereien, kleinen Läden, Handwerksbetrieben oder Dienstleistungen. Planung steht auch nicht im Widerspruch zur Selbstverwaltung der Arbeitenden in ihren Produktionseinheiten. Während die Entscheidung, z.B. eine Autofabrik auf Bus- oder Schienenfahrzeugproduktion umzustellen, der Gesellschaft als ganzes obliegt, werden die interne Organisation und der Betrieb der Fabrik von den Arbeitern selbst demokratisch verwaltet.

Es gibt viele Debatten über die «zentralisierte» oder «dezentralisierte» Natur der Planung, doch das wichtigste bleibt die demokratische Kontrolle des Plans auf allen Ebenen – lokal, regional, national, kontinental und hoffentlich auch global, da ökologische Probleme wie die Klimaerwärmung global sind und nur auf dieser Ebene angegangen werden können.

Diesen Vorschlag könnte man als «umfassende demokratische Planung» bezeichnen. Selbst auf dieser Ebene unterscheidet sie sich von dem, was oft als «zentrale Planung» bezeichnet wird, weil die wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen nicht von irgendeinem «Zentrum», sondern demokratisch von den betroffenen Bevölkerungen getroffen werden.

Natürlich wird es Spannungen und Widersprüche zwischen Selbstverwaltungsinstitutionen und lokalen demokratischen Verwaltungen und anderen, größeren gesellschaftlichen Gruppen geben. Verhandlungsmechanismen

können dabei helfen, viele solcher Konflikte zu lösen, aber letztlich wird den beteiligten größeren Gruppen obliegen – und nur dann, wenn sie in der Mehrheit sind – ihr Recht auszuüben, ihre Meinung durchzusetzen.

Ein Beispiel: Eine selbstverwaltete Fabrik beschließt, ihren Giftmüll in einen Fluss zu kippen. Die Bevölkerung einer ganzen Region ist von dieser Verschmutzung bedroht. Sie kann dann nach einer demokratischen Debatte beschließen, dass die Produktion dieser Anlage gestoppt werden muss, bis eine zufriedenstellende Lösung zur Kontrolle der Abfälle gefunden ist. Im Idealfall werden in einer ökosozialistischen Gesellschaft die Fabrikarbeiter selbst über ein ausreichendes ökologisches Bewusstsein verfügen, um Entscheidungen zu vermeiden, die für die Umwelt und die Gesundheit der lokalen Bevölkerung gefährlich sind.

Die Tatsache, dass die Bevölkerung die Entscheidungsgewalt über die allgemeinsten Interessen hat, bedeutet jedoch nicht, dass Fragen, die das interne Management der Fabrik, der Schule, der Nachbarschaft, des Krankenhauses oder des Dorfes betreffen, nicht den Betroffenen auf den jeweiligen Ebenen vorgelegt werden sollten.

Ökosoziale Planung muss auf einer demokratischen und pluralistischen Debatte beruhen, und zwar auf jeder Entscheidungsebene. Organisiert in Form von Parteien, Plattformen oder jeder anderen politischen Bewegung würden Delegierte in die Planungsgremien gewählt und die verschiedenen Vorschläge allen, die sie betreffen, vorgelegt. Mit anderen Worten: Die repräsentative Demokratie muss durch direkte Demokratie bereichert und verbessert werden; sie erlaubt es den Menschen, direkt – lokal, national und schließlich international – zwischen verschiedenen Vorschlägen zu wählen. Die gesamte Bevölkerung würde dann über einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr entscheiden, über eine Sondersteuer, die von den Autobesitzern gezahlt wird, um diesen zu subventionieren, über die Subventionierung von Solarenergie, um sie konkurrenzfähig zu fossiler Energie zu machen, über die Reduzierung der Arbeitszeit auf 30, 25 Stunden pro Woche oder weniger, auch wenn dies eine Verringerung der Produktion mit sich bringt.

Die demokratische Natur der Planung macht sie nicht unvereinbar mit der Beteiligung von Experten. Denn deren Rolle besteht nicht darin zu entscheiden, sondern ihre – oft unterschiedlichen, sogar gegensätzlichen – Argumente im Laufe

eines demokratischen Entscheidungsprozesses zu präsentieren.

«Regierungen, Parteien, Planungsgremien, Wissenschaftler, Technokraten oder wer auch immer können Anregungen geben, Vorschläge machen, versuchen, Menschen zu beeinflussen. Sie daran zu hindern hieße, die politische Freiheit einzuschränken. Aber in einem Mehrparteiensystem werden solche Vorschläge niemals einstimmig sein: Die Menschen werden die Wahl zwischen kohärenten Alternativen haben. Und das Recht und die Macht der Entscheidung sollte in den Händen der Mehrheit der Produzenten/Konsumenten/Bürger liegen und bei niemand sonst. Was ist daran paternalistisch oder despotisch?», schreibt Ernest Mandel (*Power and money. A Marxist theory of bureaucracy*. London, New York 1992. S.209).

…Kontrolle ist besser

Da stellt sich die Frage: Welche Garantie haben wir, dass Menschen die richtigen Entscheidungen treffen, nämlich solche, die die Umwelt schützen, selbst wenn der zu zahlende Preis darin besteht, einen Teil ihrer Konsumgewohnheiten zu ändern? Es gibt keine solche «Garantie», nur die begründete Aussicht, dass die Rationalität demokratischer Entscheidungen triumphieren wird, sobald der Fetisch der Konsumgüter abgeschafft ist. Die Menschen werden natürlich Fehler machen, indem sie schlechte Entscheidungen treffen, aber machen nicht auch die Experten Fehler?

Es ist unmöglich, sich den Aufbau einer neuen Gesellschaft vorzustellen, ohne dass die Mehrheit der Menschen dank ihrer Kämpfe, ihrer Selbsterziehung und ihrer sozialen Erfahrung ein großes sozialistisches und ökologisches Bewusstsein erreicht hat. Daher ist es vernünftig zu glauben, dass schwerwiegende Fehler – einschließlich Entscheidungen, die nicht mit den ökologischen Bedürfnissen übereinstimmen – korrigiert werden. In jedem Fall stellt sich die Frage, ob die Alternativen – der rücksichtslose Markt, eine ökologische Diktatur der «Experten» – nicht viel gefährlicher sind als der demokratische Prozess, mit all seinen Beschränktheiten.

Damit Planung funktioniert, muss es exekutive und technische Organe geben, die in der Lage sind, Entscheidungen umzusetzen. Aber ihre Autorität wäre durch eine permanente und demokratische Kontrolle durch die unteren Ebenen begrenzt, wo Selbstverwaltung der Arbeiter stattfindet. Es kann natürlich nicht

erwartet werden, dass die Mehrheit der Bevölkerung ihre gesamte Freizeit in Selbstverwaltung oder in partizipativen Versammlungen verbringt: «Selbstverwaltung bedeutet nicht das Verschwinden von Delegation. Sie verbindet die Entscheidungsfindung durch die Bürger mit einer strengeren Kontrolle der Delegierten durch deren jeweilige Wählerschaft.» (Mandel, op.?cit., S.204.)

Anders produzieren, aber auch anders leben

Der Übergang vom «zerstörerischen Fortschritt» des kapitalistischen Systems zum Ökosozialismus ist ein historischer Prozess, eine revolutionäre und ständige Transformation der Gesellschaft, der Kultur und der Mentalitäten; die Politik im weiten Sinne steht unbestreitbar im Zentrum dieses Prozesses. Eine solche Entwicklung kann nicht ohne revolutionäre Veränderung der sozialen und politischen Strukturen und ohne die aktive Unterstützung des ökosozialistischen Programms durch eine große Mehrheit der Bevölkerung eingeleitet werden.

Sozialistisches und ökologisches Bewusstsein sind Folge eines Prozesses, dessen entscheidende Faktoren die kollektiven Erfahrungen und Kämpfe der Bevölkerung sind, die, ausgehend von partiellen Konfrontationen auf lokaler Ebene, sich zu einer radikale Veränderung der Gesellschaft verallgemeinern. Dieser Übergang würde nicht nur zu einer neuen Produktionsweise und einer demokratischen und egalitären Gesellschaft führen, sondern auch zu einer alternativen Lebensweise, einer wahrhaft ökosozialistischen Zivilisation jenseits des Imperiums des Geldes mit seinen durch Werbung künstlich induzierten Konsummustern und seiner grenzenlosen Produktion nutzloser und/oder umweltschädlicher Güter.

Einige Umweltschützer glauben, die einzige Alternative zum Produktivismus bestehe darin, das Wachstum insgesamt zu stoppen oder es durch negatives Wachstum zu ersetzen. Dazu ist es notwendig, den übermäßigen Konsum der Bevölkerung drastisch zu reduzieren und unter anderem auf Einzelhäuser, Zentralheizung und Waschmaschinen zu verzichten, um den Energieverbrauch um die Hälfte zu senken. Da diese und andere, ähnlich drakonische Sparmaßnahmen sehr unpopulär sein dürften, spielen einige Befürworter des Degrowth mit dem Gedanken einer Art «Ökodiktatur». Dagegen setzen einige Sozialisten den Optimismus, der technische Fortschritt und die Nutzung erneuerbarer Energiequellen werde unbegrenztes Wachstum und Wohlstand

ermöglichen, sodass jeder «nach seinen Bedürfnissen» erhält.

Mir scheint, dass beide Schulen eine rein quantitative Auffassung von «Wachstum» – positiv oder negativ – und von der Entwicklung der Produktivkräfte haben. Es gibt eine dritte Haltung, die mir angemessener erscheint: eine echte qualitative Transformation der Entwicklung. Das bedeutet, der monströsen Verschwendung von Ressourcen durch den Kapitalismus ein Ende zu setzen, die auf der Massenproduktion von nutzlosen und/oder schädlichen Produkten beruht. Die Rüstungsindustrie ist ein gutes Beispiel dafür, ebenso wie all die im kapitalistischen System hergestellten «Produkte» – mitsamt ihrer geplanten Obsoleszenz –, die keinen anderen Zweck haben, als Profite für große Unternehmen zu schaffen.

Die Frage ist nicht der «exzessive Konsum» im abstrakten, sondern die dominante Art des Konsums. Dessen Hauptmerkmale sind vorgeblicher Besitz, massive Verschwendung, zwanghafte Anhäufung von Gütern und der zwanghafte Erwerb von Pseudo-Neuheiten, die von der «Mode» aufgezwungen werden. Eine neue Gesellschaft würde die Produktion auf die Befriedigung echter Bedürfnisse ausrichten, beginnend mit dem, was man als «biblische Bedürfnisse» bezeichnen könnte – Wasser, Nahrung, Kleidung und Wohnung –, einschließlich der wesentlichen Dienstleistungen: Gesundheit, Bildung, Kultur und Transport.

Internationale Gerechtigkeit

Es liegt auf der Hand, dass die Länder, in denen dieser Bedarf bei weitem nicht gedeckt ist, also die Länder der südlichen Hemisphäre, viel mehr «entwickeln» müssen – Eisenbahnen, Krankenhäuser, Abwasserkanäle und andere Infrastrukturen – als die Industrieländer. Doch dies sollte mit einem Produktionssystem vereinbar sein, das auf erneuerbaren Energien basiert und daher nicht umweltschädlich ist. Diese Länder werden große Mengen an Nahrungsmitteln für ihre oft von Hungersnöten betroffene Bevölkerung produzieren müssen, aber dieses Ziel ist viel leichter durch eine in Familieneinheiten, Kooperativen oder Kolchosen organisierte, ökologische bäuerliche Landwirtschaft zu erreichen als durch die zerstörerischen und unsozialen Methoden des industriellen Agrobusiness mit seinem intensiven Einsatz von Pestiziden, chemischen Substanzen und GVOs.

Es gäbe keine Notwendigkeit, den Lebensstandard der europäischen oder

nordamerikanischen Bevölkerungen absolut zu senken. Diese Bevölkerungen müssten sich einfach von nutzlosen Produkten trennen, von solchen, die keinen wirklichen Bedarf decken und deren zwanghafter Konsum vom kapitalistischen System aufrechterhalten wird. Sie würden den Begriff Lebensstandard neu definieren, um einem Lebensstil Platz zu machen, der tatsächlich reicher ist.

**Michael Löwy ist franko-brasilianischer Philosoph und Soziologe. Er hat früher als Forschungsdirektor am CNRS in Paris gearbeitet. Er ist ein führendes Mitglied vom Global Ecosocialist Network.*

*Von **Michael Löwy** sind mehrere Bücher auch auf deutsch erschienen, u.a.:*
– Rosa Luxemburg. Der zündende Funke der Revolution*. Hamburg 2020*
– Revolutionäre Annäherung. Unsere roten und schwarzen Sterne*. Berlin 2016*
– Ökosozialismus. Die radikale Alternative zur ökologischen und kapitalistischen Katastrophe*. Hamburg 2016*
– Internationalismus und Nationalismus. Kritische Essays zu Marxismus und «nationaler Frage»*. Köln 1999*
– Erlösung und Utopie. Jüdischer Messianismus und libertäres Denken*. Berlin 1997*
– Marxismus und Religion. Die Herausforderung der Theologie der Befreiung. *Frankfurt a.M. 1990*
– Revolution ohne Grenzen. Die Theorie der permanenten Revolution*. Frankfurt a.M. 1987*

Quelle: Les Possibles*, Nr.23, Frühling 2020*. Les Possibles *ist eine Zeitschrift von Attac Frankreich (https://france.attac.org/nos-publications/les-possibles/). Die Ausgabe enthält mehrere Artikel über ökologische und soziale Planung.*